

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Energiewende voranbringen (II) Berliner Braunkohleausstieg bis 2016

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, auf eine zügige Investitionsentscheidung des Vattenfall-Konzerns zugunsten zweier neuer Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraft-Wärmekopplung hinzuwirken, die als Ersatz des Braunkohlekraftwerks Klingenberg angekündigt sind.

Das Abgeordnetenhaus erklärt den Braunkohleausstieg bis 2016 zu seinem ausdrücklichen Ziel für das Land Berlin. Es fordert den Senat auf, schnellstmöglich Gespräche mit dem Vattenfall-Konzern zu führen und kraftvoll darauf zu dringen, dass Vattenfall spätestens im Jahr 2016 die geplanten GuD-Heizkraftwerke in Betrieb und das Braunkohlekraftwerk endgültig vom Netz nimmt.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.06.2012 zu berichten.

Begründung

Das Braunkohlekraftwerk Klingenberg in Berlin-Rummelsburg ist das letzte Braunkohlekraftwerk Berlins. Zunächst wollte Vattenfall dieses Braunkohlekraftwerk durch den Neubau eines Steinkohlekraftwerks ersetzen und hatte dabei die Unterstützung des rot-roten Senats, explizit ausgedrückt zum Beispiel im Landesenergieprogramm 2006-2010. Nachdem Vattenfall die Steinkohlepläne aufgrund des öffentlichen Drucks beerdigen musste, hat der

Konzern zugesagt, durch den Neubau von Gaskraftwerkskapazitäten von 450 MW Wärmeleistung bis 2016 das Braunkohlekraftwerk Klingenberg zu ersetzen.

Dieser Termin wurde von Vattenfall vor allem deshalb gewählt, weil nur Kraftwerke, die bis 2016 in Betrieb genommen werden, nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz finanziell gefördert werden.

Doch dieser betriebswirtschaftliche Grund für die Zusage des Baus der GuD-Heizkraftwerke ist entfallen. Mit dem "Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften" wird Betreibern von KWK-Anlagen, die einen Zuschlag nach dem KWK-Gesetz erhalten wollen, nun ein längerer Zeitraum für die Inbetriebnahme ihrer Anlage eingeräumt. Dieser Zeitraum wird vom 31.12.2016 auf den 31.12.2020 verlängert. Damit ist der Braunkohleausstieg Berlins innerhalb der nächsten Legislaturperiode gefährdet, wenn der Senat nicht endlich beginnt, auf die Einhaltung der politischen Zusage Vattenfalls zu dringen.

Berlin, den 28. Februar 2012

Pop Schäfer
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen